

„Aktionswoche für den Rechtsstaat“ 12. – 16. Oktober 2026

Die Vorsteherinnen und Vorsteher warnen vor einem Kollaps der österreichischen Bezirksgerichte !

Die insgesamt 113 österreichischen Bezirksgerichte erfüllen zahlreiche zentrale Aufgaben, die für das Funktionieren eines Rechtsstaates entscheidend sind:

- Sie erlassen Betretungs- und Kontaktverbote, wenn Gewalt in der Familie herrscht
- Sie bestellen Erwachsenenvertreter, wenn Menschen ihre Geschäftsfähigkeit verlieren
- Sie entscheiden über Scheidungen, Obsorge, Kontaktrecht und Unterhalt in Familienrechtssachen
- Sie urteilen über Streitigkeiten zwischen Mieter und Vermieter, zwischen Nachbarn und bei Verkehrsunfällen

Das sind nur ein paar Beispiele für wesentliche Aufgaben der Bezirksgerichte, deren Erfüllung gefährdet ist, wenn nicht ausreichend Personalressourcen zur Verfügung stehen. Das ist jetzt der Fall.

Gerichte sind durchschnittlich zu 125% belastet!

Die Belastung der Richter:innen und Diplomrechtspfleger:innen ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen (neue Gesetze, Bevölkerungszuwachs, etc.) und beträgt nach einer objektiven externen Berechnung durchschnittlich 125% im Vergleich zu einer Sollauslastung von 100%. Die Vorsteher:innen haben über Jahre versucht, fehlende Ressourcen durch Motivation der Mitarbeiter:innen zu kompensieren. Die Belastung hat nun aber ein derart inakzeptables Ausmaß erreicht, dass die bisher ausgezeichneten Justizleistungen auch bei höchstem Engagement nicht mehr erbracht werden können.

Erhebliche Qualitätsverluste sind zu erwarten!

In Wahrnehmung der Verantwortung der Bezirksgerichte gegenüber der Bevölkerung muss nachdrücklich darauf hingewiesen werden, dass die unzureichenden Personalressourcen für die Zukunft erhebliche Qualitätsverluste und merkbare Verfahrensverzögerungen mit sich bringen werden.

Die Personalnot an den Bezirksgerichten ist seit vielen Jahren bekannt. Eine Aufstockung der Planstellen ist dringend notwendig. Sonst stehen die Bezirksgerichte vor dem Kollaps.

„Sparen bei den Bezirksgerichten“ bedeutet „Sparen am Rechtsstaat“!

Ansprechperson: Vorsteherin des Bezirksgerichtes Baden, HR Mag.^a Daphne Franz

medienstelle.bgbaden@justiz.gv.at

02252/86500 - 80